

1. Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!

1.1 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI auch im Alltag an jedem Ort offen und angstfrei leben können?

Union



„Wir wissen, dass in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, Menschen vor Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen Identität zu schützen und zu unterstützen.“

SPD



„Akzeptanz für alle Lebensformen ist ein Grundpfeiler unserer pluralistischen Gesellschaft. Jedoch ist bis heute die Diskriminierung von LSBTI allgegenwärtig. Wir wollen in Deutschland die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrer geschlechtlichen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.“

Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und weitere Gesetze reformieren. Generell gilt: Menschenverachtende Einstellungen sind mit unseren Grundwerten unvereinbar. Sie dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Dabei geht es darum, klare Grenzen aufzuzeigen – ganz egal wo Diskriminierung geschieht, ob in der Freizeit, im Netz oder am Arbeitsplatz.

Präventive Maßnahmen haben für uns dabei einen wichtigen Stellenwert: So werden im Rahmen des Anfang 2015 gestarteten Bundesprogramms "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend neun Projekte zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie sowie ein Verband gefördert.

Die Projekte laufen von 2015 bis 2019 und haben ein Fördervolumen von über vier Millionen Euro. Diese Arbeit wollen wir weiter fördern.“

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Linke



„Ziel der LINKEN ist eine soziale und gerechte Gesellschaft in der alle Menschen angstfrei und in Würde leben können. Ein angstfreies Leben von LSBTI kann nur gewährleistet werden, wenn vollständige Rechtsgleichheit hergestellt wird und zugleich ein kultureller Wandel befördert wird, dass LSBTI ein gleicher und gleichwertiger Teil der Gesellschaft sind. Dafür streitet DIE LINKE.“

Grüne



„Religiöse Fanatiker und rechte Hetzer wollen LSBTI aus dem öffentlichen Leben drängen, sprechen ihnen gleiche Rechte und gleiche Menschenwürde ab. Auf Schulhöfen, in Fußballstadien und in bestimmten Musikszene tauchen immer wieder menschenfeindliche Parolen auf und bereiten den Boden für Gewalt. Weghören gilt nicht, wenn gegen Minderheiten gehetzt werden. Wir stehen für eine Politik der Vielfalt: aktive Prävention von Vorurteilen, klare

Kante gegen Anfeindungen, Ausgrenzung und Gewalt.

Zwei küssende Männer in der Öffentlichkeit, Kinder mit zwei Mütter, Selbstbestimmung für trans* und inter* Menschen, Schulen, in den queere Jugendliche so sein können, wie sie sind: All das ist leider noch keine Selbstverständlichkeit. Dies zu ändern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen für Vielfalt und Respekt und gegen Menschenfeindlichkeit kämpfen. Das betrifft sowohl Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik als auch zivilgesellschaftliche Initiativen – Stiftungen, Unternehmen, Schulen, Medien, Verbände usw. – sie alle müssen sich daran beteiligen und die Akzeptanz aktiv fördern.“

FDP



„Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Fremdenhass. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und

Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Wir wollen außerdem die Finanzierung von Programmen des Bundes gegen Extremismus, Rassismus, sowie gegen Homo- und Transphobie sichern. Um rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung zu beseitigen, wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt. Die Krankenkassen müssen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Wir fordern zudem eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an denjenigen der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

Aber nicht nur in Deutschland, auch weltweit wollen wir dafür sorgen, dass LSBTI offen und angstfrei leben können. So treten wir entschlossen der Diskriminierung von LSBTI in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegen und setzen uns dafür ein, LSBTI-Projekte weltweit zu fördern. Im Zuge einer wertegebundenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern treten wir dafür ein, dass Regierungen, die Strafen gegen LSBTI nicht

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

abbauen, sondern sogar verschärfen, mit Kürzungen bis Einstellungen der Entwicklungszusammenarbeit rechnen müssen.“

AfD



„Die Alternative für Deutschland steht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Als Demokraten bekennen wir uns dazu, dass der Schutz der körperlichen Unversehrtheit sowie die Wahrung der persönlichen Ehre und Würde aller Menschen, die in diesem Lande leben, garantiert werden, und zwar unabhängig von Merkmalen wie Herkunft, Ethnie oder auch der sexuellen Orientierung.

Körperliche Übergriffe und verbale Aggressionen in Form von Beleidigungen oder Drohungen gegen Personen aufgrund deren sexueller Orientierung verurteilen wir auf das Schärfste und fordern dem jeweiligen Delikt entsprechend harte juristische Konsequenzen.

Die Alternative für Deutschland sieht sich als Partei des Rechtsstaates und der inneren Sicherheit. Wir glauben, dass es härtere juristische Konsequenzen für Gewalttäter geben muss. Menschenverachtende Jagdszenen auf Homosexuelle darf es - psychisch wie physisch- in Deutschland niemals geben. Eine Reform der von uns oft kritisierten deutschen „Kuscheljustiz“, die unserer Ansicht nach Gewalttäter nicht konsequent genug bestraft, käme daher auch Menschen mit einer LSBTI-Orientierung zugute!

Darüber hinaus ist die AfD die einzige demokratische Partei, die etwa einen kulturbedingten Hass auf Homosexuelle klar anspricht und kritisiert. Durch den Zuzug von Personen aus dem islamischen Kulturkreis wird ein Weltbild in unser Land importiert, in dem LSBTI eine minderwertige Position einnehmen. Die Grundlage für unser Zusammenleben kann aber primär kein göttlich abgeleitetes Recht sein, wie etwa die Scharia! Unser Zusammenleben fußt auf dem Grundgesetz. Wer also nach Deutschland kommt, muss sich integrieren und dem Wertekanon des Grundgesetzes anpassen. Dazugehört auch, dass andere Formen der Lebenspartnerschaft als die klassische Beziehung „Mann -Frau“ akzeptiert werden. Dazu bekennen wir uns!“

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich